Fernsprech-Stellen
11 Amt I., 503 Amt I. Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M 2.75. — Inserate Marktstr. 12 bis Nachmitt. 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Hr. Kinberg, b nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg. Unter Eingesandt Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Reklamen einzelner Insertions-Aufträge gegen Briefmarken oder Vorherzahlung 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., Invalidenbank, G. Müller-Oeletzig, M. Metz-Magdeburg, H. Barck-Halle, B. Arndt-Berlin W., A. Steiner-Hamburg, Plotnt-Teplitz. Für Rückgabe einzel. Manuscripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Julius Teuchert
Fabrik
von
Regen- u. Sonnen-Schirmen
(gegründet 1830)
Altstadt, Schloßstraße,
Ecke der Rosmaringasse.
Neustadt, Hauptstraße,
Ecke der Rütterstrasse.

Neue elegante Herren-Anzugs- und Paletotstoffe
J. Unbescheid & Söhne

Billige feste Buckskins zu Knabenanzügen.
Neue Regenmäntel-Stoffe für Damen
Schreibergasse 21.

Prof. Dr. G. Jäger's
Original-Normal-Leib-Wäsche,
sowie sämmtliche Normal-Artikel empfiehlt
Jean Schieme Nachf., Neustädter Rathhaus.

Husten und Schleim lösend.
Bei Bleichsucht, Gelbsucht, Hämorrhoidal-Leiden etc. anzuwenden.
Deutscher Porter
Gebrüder Hollack, Dresden
Gesetzlich geschützt.
Verdauungsbefördernd.
Malzextrakt-Gesundheits-Bier.
Eisenhaltig.

Die Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Kgl. Hoflief., **Dresden, Altmarkt,**
meldet den Eingang ihrer **Neuheiten** für die bevorstehende **Weihnachts-Saison** und ladet zur Besichtigung derselben ein.

Nr. 299. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 25. Octbr.: Mäßiger Ostwind, vorwiegend heiter und trocken. Nachtfrost.

Dresden, 1884. **Sonnabend, 25. Octbr.**

Für die Monate November und December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13,** zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Steeb in Dresden

Selbst die auf ihrem Höhepunkt angelangte Wahlbewegung tritt zeitweise vor der braunschweigischen Thronfolge zurück. Nunmehr hat der Herzog von Cumberland Stellung genommen: als Ernst August, Herzog von Braunschweig-Lüneburg, hat er die „Regierung angetreten"; d. h. auf dem Papiere. Nicht in Wirklichkeit. Mittelst Patentes will er vom Lande „Besitz genommen haben". Dieses Patent ist von Gmunden am Traunsee (Salzkammergut) datirt. Bemerkenswerth daran ist zunächst das Datum. Es ist das vom 18. October, dem Sterbetage des Herzogs Wilhelm. Der Thronprätendent hat also nicht gezögert, seine Rechtsansprüche sofort anzumelden. Vermuthlich hat er das schon längst vorbereitete und fertig liegende Patent augenblicklich an die deutschen Fürsten und freien Städte abgeben lassen. Daß es erst 6 Tage später in den Zeitungen bekannt wird, erklärt sich mit der schuldigen Rücksichtnahme auf die hohen Empfänger des Schreibens. Nicht minder dürfte auch die Vermuthung zutreffen, daß Fürst Bismarck, sobald er Kenntniß vom Eintreffen des Cumberland'schen Schreibens im deutschen Kaiserhofe erhielt, sich beeilte, durch die „Norddeutsche Allgemeine" die Antwort ertheilen zu lassen. Abgewiesen! lautet die Antwort. Endlich irrt man sich wohl kaum in der Annahme, daß zwischen dem Kaiser und den Bundesfürsten wohl bereits längst alle Schritte verabredet und vereinbart wurden, die sich aus der jetzt eingetretenen Erledigung des Braunschweiger Herzogsthrones nöthig machen würden. Das Bismarck'sche Blatt bemerkt ausdrücklich „das Reich" sei außer Stande, den Herzog von Cumberland in Braunschweig zuzulassen. Das setzt die übereinstimmende Anschauung der Bundesfürsten voraus. Neu ist in dem Patente Cumberland's die Anerkennung des deutschen Reiches. Liegt darin der Verzicht auf Hannover? Denkt der Thronbewerber nicht mehr daran, ein Königreich Hannover zu errichten? Das Gmundener Patent schweigt sich über Hannover aus. Es scheint, man betrachte in Berlin die Anerkennung des Reichs durch den Thronbewerber als nicht genügend. Warum zögerte derselbe so lange damit? Warum trat er nicht schon früher damit hervor? Fühlte sich der Sohn Georg V. durch sein Gewissen und einen seinem Vater auf dem Sterbebett geleisteten Eid für gebunden, von seinen Ansprüchen auf Hannover nicht das Mindeste nachzugeben? Ist dem so, dann liegt auch für den Anhänger des Legitimitätsprincips die Unmöglichkeit vor, ihn auf einen deutschen Fürstenthron zu wünschen. Es widerspricht schnurstracks den Reichsinteressen und ist schlechterdings nicht zu dulden, daß sich irgendwo im Reiche eine Stelle auftut, von welcher aus der Besitzstand derselben angelockten, die Ruhe im Innern Störungen unterworfen werden kann. Die „Besitzergreifung" des Braunschweiger Herzogthums mittelst eines Patents erscheint daher heute als durchaus unwirksam. Niemals wird Cumberland als Herzog in die Burg Heinrich des Löwen einziehen. Er wird als politisch unmöglich angesehen und vom Bundesrath, genau so wie der verjagte Herzog Carl von Braunschweig 1831, als „unfähig zur Regierung" erklärt werden. Dann erläßt er einen Protest, der an dem Stande der Dinge Nichts ändert; er fügt seinen Titeln und Wappen diejenigen eines braunschweig-lüneburgischen Herzogs zu. Das wird Alles sein. Mit ihm wird man sehr rasch fertig sein. Im Interesse des Reichs und zunächst der Bevölkerung von Braunschweig aber ist dringend zu wünschen, daß die Thronfolgefrage, nach Beseitigung des unmöglichen Bewerbers, im Sinne der Selbstständigkeit des Herzogthums, als eines eigenen Bundesstaats, rasch zur Erledigung komme.

Eine charakteristische Erscheinung der jetzigen Wahlen bilden die Zerwürfnisse innerhalb derselben Partei. Wir in Dresden erleben das Schauspiel, daß von konservativen Gesinnungsgenossen zwei Männer, v. Einsiedel und Hartwig aufgestellt sind, von denen jeder, wenn er in den Reichstag käme, in der Hauptsache so wie der andere stimmen würde. In den polnischen Wahlkreisen stehen sich die Katholiken erbittert gegenüber; die einen stimmen für den Konservativen, der zwar kein Katholik, aber ein guter Deutscher ist; die anderen für den Katholiken, obgleich der elbe ein fanatischer Feind des Reichs, ein Pole ist. In Breslau bekämpfen sich Nationalliberale, weil die einen für, die anderen gegen Stöcker sind. In einer Reihe Wahlkreise geben die Deutschfreisinnigen, soweit sie von der Judenherrschaft in ihrer Partei sich abgestoßen fühlen, mit den Konservativen; andere wollen davon Nichts wissen. Heller Zwiespalt ist auch im socialdemokratischen Lager ausgebrochen. Solingen bietet das Schauspiel, daß sich zwei Socialdemokraten auf's Erbittertste befehden und durch diesen Wahlkampf wird die Thatsache der Uneinigkeit innerhalb der Partei nun auch öffentlich dargethan. Zugleich erhält das Publikum Einblicke in das socialdemokratische Parteigetriebe, die ungemein belehrend sind. Wie erinnerlich, wurde der Abg. Rittinghausen aus der Partei ausgestoßen, weil er im Reichstage, entgegen dem Parteibefehle, für mehrere von der Reichsregierung vorgeschlagene gemeinnützige Gesetze gestimmt hatte. Rittinghausen ist aber trotz seiner 70 Jahre nicht gewillt, sich so mißhandeln zu lassen, zumal er überzeugt ist, daß er Zeit seines Lebens redlich für's Volk gewirkt habe. Er wird denn auch von seinen Anhängern wieder als Kandidat aufgestellt. Begreiflicherweise wüthet die Parteileitung gegen ihn auf's Heftigste. Ein von den Herren Auer, Bebel, Grillenberger, Hasenclever und Liebknecht unterzeichnetes Wahl-Flugblatt versucht es, dem Veteran der Socialdemokratie das Vertrauen seiner bisherigen Wähler zu entziehen. Natürlich bleibt der Verfehmte die Antwort auch nicht schuldig. Er erklärt, daß die sozialdemokratischen Parteikongresse nur eine „Komödie" seien, da die Beschlüsse darauf von den herangezogenen Freunden einiger einflußreicher Führer gefaßt werden, nicht aber von wirklichen Delegirten nach Rücksprache mit ihren Genossen. In Kopenhagen sei der Boden der Sozialdemokratie dadurch verlassen worden, daß die Partei zu einer „Korporalschaft" herabgewürdigt wurde. Alle Reden über Geschlossenheit und Einmüthigkeit der sozialdemokratischen Partei seien nur hohle Phrasen, um die Arbeiter zu kirren. Es werde sich immer irgend ein Liebknecht finden, der mit irgend einem Bebel trotz allen harmonischen Gefasels nicht übereinstimmt, der nicht „Einmüthigkeit" und „Geschlossenheit" pflegen kann und will und mithin ausgestoßen werden muß. Nach einigen spöttischen Bemerkungen über das bekannte Buch Bebels „Ueber die Frau", worin sich allerhand „Schrullen" und andere Lächerlichkeiten befänden, erzählt Rittinghausen, daß Bebel schon seit 1881 an seiner Ausstoßung aus der Partei gearbeitet habe. Er lauerte nur auf den günstigsten Moment, um die Fraktionsmehrheit zu überrumpeln und ihre Schwäche sich dienstbar zu machen. Bebel habe damit gewartet, bis er 1883 in Hamburg in den Reichstag gewählt würde. Als er das erreicht hatte, wandte er sich nach Solingen mit Verdächtigungen und Verunglimpfungen Rittinghausens. Der Versuch, die Geister Aller nach dem „Modell Bebel-Liebknecht" abzurichten, werde aber nicht einmal bei Jenen gelingen, die aus irgend einem Grunde sich zu dem unsinnigen Experiment hergeben müssen. Rittinghausen schließt: „Ich bin ein ganzes langes Leben hindurch in uneigennütziger Weise für die wirthschaftliche und moralische Freiheit der Arbeiter eingestanden. Zum Dank dafür hat man versucht, mir in meinem 70. Jahre eine Unabhängigkeit streitig zu machen, die nirgendwo gefährdet gewesen ist, als in der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags." Diese Enthüllungen bestätigen vollauf, was jeder Kenner der Verhältnisse schon lange wußte: die ärgste Tyrannei ist nirgends so zu Hause, als in der Sozialdemokratie. Wie ein riesiges Zwangsarbeitshaus das Strebeziel dieser Partei, so ist es auch die Unterjochung jeder Ueberzeugung. Mit Freiheitsposaunen ködert die Sozialdemokratie die Arbeiter, in Wahrheit verlangt sie das Abtödten jeder selbstständigen Meinung. Schlimmere Despoten könnten gar nicht kommen, als diese Herrschsüchtigen mit der Freiheitsmaske. Rittinghausen hat sehr Recht, wenn er prophetisch ausruft, daß die Arbeiter sich gegen das Bebel-Liebknecht'sche Joch auflehnen würden. Das haben die Leipziger Arbeiter eben gethan, das thun soeben die Dresdner Arbeiter. Die wenigsten der Arbeiter haben eine Ahnung von dem, was die Häupter der Sozialdemokratie mit ihnen vorhaben. Der eine, Herr v. Vollmar, nahm in dem sächsischen Landtag als Abgeordneter heimlich einen Revolver, die anderen, von Auer bis Liebknecht, vernehmen einen Parteigenossen, der sich in seinen alten Jahren das eigene Denken nicht abgewöhnen kann, der sich nicht zum blinden Werkzeug hergiebt, sondern arbeiterfreundlichen „Geistern" der Regierung zustimmt. Das ist eine nette „Freiheit" — sie erdrosselt die Gedanken — hinweg mit der sozialdemokratischen Unterjochung!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 24. October.

Berlin. Der Kaiser hatte heute wieder eine längere Konferenz mit Bismarck. — In der gestrigen Sitzung des Bundesrathes meldete der Vorsitzende Staatsminister v. Bötticher bei Beginn an, der braunschweigische Gesandte v. Liebe habe angezeigt, daß er im Auftrage des braunschweigischen Regentschaftsrathes von der Sitzung fern bleibe. Das Herzogthum Braunschweig sei also in dieser Sitzung des Bundesrathes nicht vertreten. Es verlautet von verschiedenen beachtenswerthen Seiten, daß Preußen wahrscheinlich keine Erbansprüche auf das Herzogthum Braunschweig erheben werde. Zugleich wird betont, daß die Erhaltung der beiden braunschweigischen Stimmen im Bundesrathe von allen Seiten gewünscht wird.

Berlin. Der Wiener Korrespondent des „Tageblattes" interviewte Windthorst über die braunschweigische Frage. Windthorst erklärte das Recht Cumberland's auf Braunschweig für zweifellos. Es verstehe sich von selbst, daß, wenn Cumberland den braunschweigischen Thron übernehmen wolle, er ohne Weiteres die deutsche Reichsverfassung anerkennen werde. Was die „Norddeutsche" über die politische Seite der Frage gesagt habe, sei nicht maßgebend, weil die rechtliche Seite vorgehe. Eine reichsfeindliche Tendenz sei bei der Welfenpartei nicht vorhanden. Er wisse nicht, ob Götz von Ohlenhausen wirklich gesagt habe, was die „Norddeutsche" citirte. Jedenfalls billige er (Windthorst) dergleichen nicht. Er für seinen Theil verwerfe jede auswärtige Einmischung.

Braunschweig. Die Proklamation des Herzogs von Cumberland, welche beim Regentschaftsrathe eingegangen ist und hier durch Extrablätter verbreitet ist, hat große Aufregung hervorgerufen. Im Landtage erklärte Graf Wrisberg, daß der Regentschaftsrath die Proklamation nicht kontrasigniren konnte und es dem Herzoge von Cumberland überlassen bleiben müsse, seine Rechte bei Kaiser und Reich anzubringen. Diese Erklärung wurde vom Landtage mit Bravo begrüßt. Der preußische Gesandte von Normann hat ein Schreiben des Kaisers überbracht, in dem derselbe dem Regentschaftsrathe für die ihm gemachten Mittheilungen dankt. Erzherzog Franz ist mit einer österreichischen Offiziersdeputation hier eingetroffen.

Braunschweig. Im Landtag theilte Minister Wrisberg mit, der Herzog von Cumberland habe das Besitzergreifungs-Patent dem Ministerium übersandt mit der Aufforderung, dasselbe zu kontrasigniren und zu publiziren. Wrisberg verlas das Antwortschreiben des Ministeriums an Cumberland, welches erklärte, daß nach Ansicht des Ministeriums der im Regentschaftsgesetze vorgesehener Fall eingetreten sei und deshalb der Regentschaftsrath sich konstituirt habe. Das Ministerium sei daher außer Stande, der Aufforderung zur Kontrasignirung des Publikations-Patentes Folge zu geben, sei vielmehr vom Regentschaftsrathe ermächtigt, die Aufforderung abzulehnen. Die Geltendmachung seiner Thronfolge-Ansprüche bleibe Cumberland überlassen. Wrisberg theilte ferner mit, das Ministerium habe sofort Bismarck vom Schreiben Cumberland's benachrichtigt und hinzugefügt, es werde allen weiteren derartigen Kundgebungen unverzüglich entgegentreten.

Brüssel. Das klerikale Ministerium wankt. Herr v. Malou tritt zurück, Bernaert wird mit der Bildung eines Kabinets betraut werden. Die Minister werden einem Wunsche des Königs entsprechend demissioniren, an ihre Stelle soll ein interimistisches Kabinet aus Mitgliedern des rechten und linken Centrums treten. Dieses Ministerium wird die Kammern auflösen und an das Land appelliren. Diese Entschließung des Ministeriums erfolgte nach einer Berathung der Mitglieder der Rechten im Ministerium des Innern.

Petersburg. Die Petersburger Polizei nahm in der Nacht auf den 19. d. Mts. eine geheime Typographie in Beschlag und entdeckte Dokumente bezüglich eines projektirten Mordanschlages gegen den Zaren. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden.

Die Berliner Börse eröffnete schwach infolge auswärtiger Notirungen. Paris ist durch den Ausbruch der Cholera verstimmt, Wien durch Rückgang der Zuckerpreise. Später traten vielfache Schwankungen ein. Der Schluß war relativ fest. Spekulative Banken waren ziemlich lebhaft, anfangs niedriger als gestern, doch wurden die Einbußen theilweise wieder eingeholt. Eisenbahnen lustlos und schwach. Für fremde Renten bestand nur geringes Interesse, die Haltung war nicht durchweg fest. Spekulative Bergwerke gut behauptet. Auf dem Kassamarkte war nur geringer Verkehr. Bahnen schwächer. Stammprioritäten gut behauptet, österreichische Prioritäten fest. Montanwerthe besser, Industrien ziemlich behauptet. Deutsche Fonds sehr still.

Frankfurt a. M., 24. October. Credit 233. Staatsbahn 251¼. Lombarden 124⅛. 6er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Diskonto 197¼. Egypter 61⅞. Gotth.-B. —. Serben 73⅜. —. Schwächer.

Wien, 24. October. Credit 288,00. Staatsbahn 301,20. Lombarden 148,50. Nordwb. 175,75. Marknoten 59,90. Ung. Golde. 287,50. Elbethal —. Schwach.

Paris, 24. October. (Schluß.) Rente 78,40. Anleihe 109,30. Italiener 96,58. Staatsbahn 450,00. Lombarden 316,25. do. Prioritäten —. Egypter 514,00. Oest. Goldrente —. Spanier 69,00. Ottomanen 570,00. Tabak-Actien —. Behauptet.

London, 24. October, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100⅛. 1873er Russen 84½. Italiener 95⅝. Lombarden 12⅝. Türken 7⅝. 4% fund. Amerikaner 124. 4% Ungar. Goldrente 77½. Oesterr. Goldrente 85. Preußische Consols 105¼. Egypter 62⅝. Ottomanbank 12¼. Suez-Actien 75½. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Kalt.

Stettin, 24. October, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, loco 136—151, pr. October-November 150,00, pr. April-Mai 160,00. Roggen fester, loco 131—135, pr. October-November 135,00, pr. April-Mai 135,50. Rüböl still, 100 Kg. pr. Octbr.-Novbr. 50,00, pr. April-Mai 52,00. Spiritus behauptet, loco 45,00, pr. October 45,70, pr. October-November 45,70, April-Mai 47,10. Petroleum loco 8,30.

Breslau, 24. October, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proz. pr. October 44,60, pr. October-November 44,30, pr. April-Mai 45,30. Weizen pr. October 152,00. Roggen pr. October 137,00, pr. November-December 129,00, pr. April-Mai 134,50. Rüböl pr. October 50,00, pr. October-November 50,00, April-Mai 51,00. — Fest. — Wetter: Kühl.

London, 24. October. Weizen geschäftslos, nominell ½ Sch. niedriger, angekommener ruhig, fertig, Mehl, Mittelgerste träge, Hafer, Mais fest, Mittelgerste schwächer. — Wetter kalt.

Lokales und Sächsisches.

— S. M. der König hat nunmehr mit J. M. der Königin, höchstwelcher der circa vierwöchentliche Aufenthalt auf der Weinburg, bezüglich in Sigmaringen sehr gut bekommen, die Rückreise nach Dresden angetreten. Ihre Majestäten trafen heute Vormittag 10 Uhr auf hiesigem sächs.-böhm. Staatsbahnhofe ein und begeben sich alsbald weiter in die Königsvilla nach Strehlen.

— Anläßlich des Todestages weiland Sr. Maj. des hochseligen Königs Johann findet nächsten Mittwoch in Gegenwart der Königlichen Familie in hiesiger kath. Hofkirche ein feierliches Requiem statt.

— Das Ritterkreuz I. Klasse vom Verdienstorden erhielten: Oberamtsrichter Anton Bermann in Wurzen und Pfarrer Dr. Aug. Schütz in Leutzsch.

— Der Oberst Freiherr v. Hodenberg ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat das Kommando des 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 wieder übernommen.

— Gestern Mittag stürzte am Altmarkt unweit der Löwenapotheke eines der Pferde eines Hofwagens, in welchem sich die Prinzessinnen Mathilde und Josepha in Begleitung zweier Hofdamen befanden. Die Prinzessinnen setzten mit den letzteren ihren Weg zu Fuß fort.

— Der Stabsarzt Dr. Zocher, bisher bei der Sanitäts-Direction kommandirt, ist als Regimentsarzt zum 1. Feld-Art.-Reg. Nr. 12 versetzt und der Stabsarzt Dr. Balmer des 10. Infant.-Reg. Nr. 134 zur Dienstleistung zur Sanitäts-Direction kommandirt worden. Der Stabsarzt Dr. Rabenhorst des 1. Feld-Art.-Reg. Nr. 12 ist unter Stellung à la suite des Sanitäts-Korps zum medizinisch-chirurgischen Friedrich Wilhelm-Institut in Berlin befehligt und der dortselbst bis jetzt kommandirt gewesene Stabsarzt Dr. Düms unter gleichzeitiger Ablösung von diesem Kommando zum 10. Inf.-Reg. Nr. 134 versetzt worden; ingleichen wurde der bisher beim Kaiserl. Reichs-Gesundheitsamt in Berlin befehligte Assistenzarzt 1. Klasse Dr. Becker von dort abgelöst und vom 9. Inf.-Reg. Nr. 133 zum 7. Inf.-Reg. Nr. 106 versetzt, für denselben wurde der Assistenzarzt 1. Klasse Dr. Paak vom 2. Gren.-Reg. Nr. 101 zum Reichsgesundheitsamt nach Berlin kommandirt und zum 9. Inf.-Reg. Nr. 133 versetzt.

— Der Vortrag, den Herr Geheimrath von Einsiedel über „die Innungen und Handwerkerfrage" in der von etwa 800 Personen besuchten außerordentlichen Innungs-Meister-Hauptversammlung am Donnerstag in Meinhold's Sälen hielt, erfreute sich des ungetheilten Beifalls der zahlreich versammelten Gewerbtreibenden unserer Stadt. Der Obmann des Innungsältesten-Vereins, Herr Schäfer, eröffnete die Versammlung. Herr v. Einsiedel, mit vielem Beifall begrüßt, begann seinen Vortrag mit dem Bemerken, daß er mit Freuden der an ihn ergangenen Aufforderung gefolgt sei. Ein Mann, den 50 Innungen wählen wollten, müsse sich vorher zeigen, ehe die Stimmen für ihn abgegeben würden. Er werbe nicht um diese Stimmen, doch werde er sich freuen, sie zu erhalten, denn auf die Stimmen lege er den meisten Werth, die man wägen könne. Es sei schwer geworden, fuhr Redner fort, zu bewirken, daß die Interessen des Handwerks im Reichstage Beachtung fänden. Im Kleingewerbe existirten viele Meister, die große Noth litten, die Gesetzgebung müsse also so bald als möglich Abhülfe schaffen. Er halte es durchaus nicht für dienlich, daß die Macht der alten Innungen zurückkehre. Die Innungen der alten Zeit hatten aber strenge Gesetze über Ehrbarkeit, Sittsamkeit und Lehrlingswesen und diese Forderung sei nicht erstorben. Redner berührte sodann die geschichtliche Entwickelung der Gewerbegesetzgebung: die Innungen erhielten 1869 durch die Gewerbeordnung den Todesstoß, man ließ sie leben und gab ihnen nichts zum Leben. Die Regierungen hatten 1869 besser für die Innungen gesorgt, doch kamen sie mit ihren Bestrebungen nicht durch. Die Dresdner Innungen lebten in der Hoffnung auf bessere Zeiten fort und hielten ihre Ehre aufrecht. Von konservativer Seite wollte man den Innungen und dem Handwerke aufhelfen. Daß 1880/81 den Innungen viele Rechte wieder gewährt wurden, haben wir unserem verdienten Mitbürger, Herrn Geh. Hofrath Ackermann, zu danken. Redner stehe auf demselben Standpunkte wie Ackermann (Bravo), das sei sein Programm in kürzesten Worten. Ackermann wäre persönlich zu dieser Versammlung erschienen, wenn ihn nicht die Pflicht im Stadtverordnetensaale hielte. Eingehend verbreitet sich sodann der Herr Redner über den sogenannten Lehrlingsparagraphen. Eine im Interesse des Handwerks zu begrüßende Forderung Sachsens sei die Wiedereinführung obligatorischer Arbeitsbücher gewesen. Preußen sei zwar anders gesinnt, doch sei es nicht unmöglich, daß der Antrag noch zur Geltung komme. Die Einführung obligatorischer Innungen errege das große Bedenken, daß das Arbeitsfeld beschränkt würde und wir auf alten Zunftzwang mehr oder minder zurückkämen. Dies wünscht Redner durchaus nicht und giebt bei dieser Gelegenheit einen heiteren Beleg früherer Mißstände bei solchem Zwange aus seiner Studentenzeit. Mit dem Beitrittszwang